

York dafür wirbt, Schwerter in Pflugscharen zu verwandeln.

Zu der geplanten Verbrüderung der Grünen mit den kirchennahen Friedensfreunden in Ost-Berlin kam es durch den Einsatz des Staatssicherheitsdienstes freilich nicht. Aber DDR-Pastoren in Dessau und Magdeburg durften ungestraft gegen die von der Partei organisierten Unterschriftensammlungen zugunsten einer östlichen Nach-Nachrüstung polemisieren und die Aktion „makaber und scheußlich“ nennen. Ähnlich widersprüchlich verlief die sozialistische Nachrüstungsdebatte in der ČSSR.

Eine Woche vor der Veröffentlichung, daß neue Sowjet-Raketen auch in der ČSSR stationiert werden sollen, machte die Partei in den Betrieben mobil und ließ den Beschluß begrüßen. Aber als am Abend hundert junge Leute zum Prager

was die westlichen Friedensverteidiger dazu sagen werden?

Auch in Ungarn, in der Raketenfrage eher zurückhaltend, regte sich Widerspruch gegen die nächste russische Rüstungs-Eskalation. Schon im März, nach dem Prager Treffen des Warschauer Pakts, hatte der heutige ZK-Sekretär und frühere Moskau-Botschafter Mátyás Szűrös den Gedanken Kulikows widersprochen: „Es gibt keine abstrakten, von den eigenen Interessen der einzelnen Länder unabhängigen, gemeinsamen Ziele innerhalb der sozialistischen Außenpolitik.“

Laszlo Valki, Ordinarius für Völkerrecht, wurde deutlicher: „Wir haben die Erfahrung gemacht, daß der ungarische Unterricht die Ursachen für die Widersprüche zwischen beiden Systemen viel zu vereinfacht behandelt und außenpoli-

Vorgänger, der 1982 verstorbene sowjetische Parteichef Leonid Breschnew, versprochen. Schiwkoff: „Ein Volk, das um die Verhinderung eines Atomkrieges kämpft, erörtert nicht die Aufstellung von Atomwaffen auf seinem Boden.“

ZYPERN

Gunst der Stunde

Türkenführer Denktas rief im Norden der Insel eine unabhängige Republik aus, will aber gleichzeitig den griechischen Zyprioten „die Hand reichen“.

Das Einreisevisum für die USA auf einem losen Blatt Papier – so kam am vorigen Donnerstag Rauf Denktas, 59, zur Debatte des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen in New York an.

Mit einem Ausweispapier der unabhängigen „Türkischen Republik Nordzypern“, die der Volksgruppenführer und Präsident des türkischen Teils der Mittelmeerinsel zwei Tage zuvor ausgerufen hatte, wäre er kaum hereingelassen worden: Die USA haben, wie nahezu alle Staaten der Welt, das Denktas-Land bisher nicht anerkannt.

Denktas' Sezessionserklärung ist eines jener Ereignisse, die zugleich wenig und viel verändern: wenig für das geteilte, von 500 000 Griechen und 120 000 Türken besiedelte Zypern, da die Proklamation die Besiegelung eines seit 1974 herrschenden Zustands ist; viel in der internationalen Szene. Die Regierungen der Türkei und Griechenlands beriefen Dringlichkeitssitzungen in Anwesenheit ihrer Truppenführer ein, EG und Nato tagten, der Uno-Sicherheitsrat wurde zusammengerufen und alle, die sich betroffen fühlten, betonten immer wieder, wie unerwartet der Denktas-Akt für sie gekommen sei.

Dabei war überraschend eigentlich nur die allseits geäußerte Überraschung. Im Mai bereits hatte Denktas seinen langgehegten Plan publik gemacht, er werde, „was auch geschehen mag“, einen unabhängigen Staat ausrufen.

Das ist den Regierungen des Westens und des Ostens nicht entgangen; vor einem Monat erst hatte sich Londons Verteidigungsminister Michael Heseltine bei einem Besuch in Ankara von Präsident Kenan Evren bestätigen lassen, daß die herrschenden türkischen Militärs Denktas' Ambitionen nicht eben gewogen seien. Doch wer immer vorsprach, stets sagten die Festlandtürken auch, ihre Brüder auf Zypern hätten natürlich ein Recht auf Selbstbestimmung.

So nimmt es nicht wunder, daß Ankara die neue Türkenrepublik als erster Staat anerkannte. Bis Freitag kam nur noch das islamische Bangladesch hinzu.

Verwunderlich war aber, daß auch Ankara von Denktas' Aktion überrascht



Rumänischer Parteichef Ceaușescu: Gegen Raketen in Ost und West

Wenzelsplatz zogen, mit Transparenten „Mit Liebe gegen den Krieg“ und westlichen Anti-Atomsymbolen, griff die Polizei nicht ein.

Eine von der Agentur ČTK veröffentlichte Erklärung des Parlaments: „Wenn bis Jahresende kein Abkommen erreicht werden sollte, wäre es unerlässlich, die Verhandlungen fortzusetzen“, wurde wenig später in einer „Berichtigung“ zurückgezogen.

Anfang November konnte im Parteiblatt „Rudé právo“ die Autorin Jarmila Houfová einen Artikel veröffentlichen, in dem es heißt:

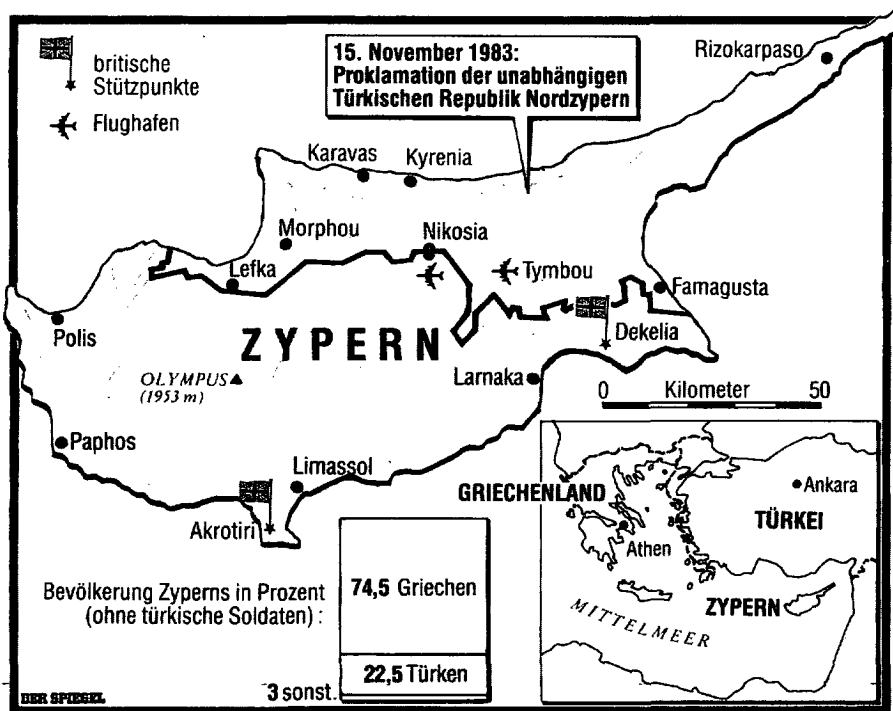
Ich habe vor mir einen Packen mit Leserbriefen. Aus der Mehrzahl spürt man die Entschlossenheit, alles für die Verteidigung des Friedens zu tun. Es gibt aber auch solche, aus denen man Bedenken spürt, ob die kürzlich bekanntgemachten Maßnahmen zur Stärkung unserer Verteidigung schon jetzt notwendig sind... Sollte man nicht abwarten, bis die Pershings stationiert werden, und wissen wir,

tische sowie strategische Fragen ebenfalls stark simplifiziert darstellt.“

Zu einem Kongreß über Friedensforschung im September lud die ungarische Akademie der Wissenschaften auch Jiří Hájek ein, ehemaliger Außenminister der ČSSR unter Dubček und Mitbegründer der Bürgerrechtsbewegung „Charta 77“. Die ČSSR-Behörden gaben dem prominenten Dissidenten freilich keine Ausreiseerlaubnis.

Eine überraschende Alternative zur Moskauer Nach-Nachrüstung fiel schließlich dem Bulgaren Schiwkoff ein. Bei einem Treffen mit dem Premier des Nato-Staates Griechenland, Papan-dreu, warb er für eine alte Lieblingsidee von Ceaușescu: eine „atomwaffenfreie Zone auf dem Balkan“. Dazu sollten neben Bulgarien und Griechenland auch Rumänien, Jugoslawien und möglichst auch Albanien gehören.

In Bulgarien, so der Parteichef, würden auf keinen Fall sowjetische Raketen stationiert. Das habe ihm Andropows



sein wollte. Atemlos jedenfalls, wenn das denn Verblüffung signalisiert, stürmte am Dienstag früh Außenminister Ilter Türkmen in das Büro des Präsidenten Evren, der gerade Bonns Botschafter Dirck Oncken empfing. Laut Oncken rief Türkmen „aufgeregt“: „Denktas hat die Unabhängigkeit ausgerufen.“

„Wir haben es aus dem Rundfunk erfahren“, beteuerte später Regierungssprecher Akiman. Dabei hätte er eine Woche zuvor aus türkischen Zeitungen erfahren können, daß Denktas am 15. November die Sezession verkünden wollte, wäre den Zeitungen die Veröffentlichung nicht vom Militärsensor verboten worden. Aber die eigene Regierung hatte der Zensor ja sicher informiert.

Möglich, daß Ankara noch versucht hat, Denktas in letzter Minute von seinen Plänen abzubringen. Doch der wußte die Gunst der Stunde zu nutzen.

Seit den Türken-Wahlen am 6. November besteht eine Art Machtvakuum in Ankara: Die Militärregierung herrscht interimistisch, der Wahlsieger Turgut Özal übernimmt die Regierungsgeschäfte, wenn überhaupt, frühestens Ende des Monats. Özals Dank dürfte Denktas gewiß sein, denn die neue Regierung kann mit dem spektakulären Kraftakt des Zyperntürken nicht in Verbindung gebracht werden.

Denktas ging es um „vollendete Tatsachen“, für die er „das Mutterland um Entschuldigung“ bat. Bei den seit Jahren festgefahrenen Verhandlungen der beiden Volksgruppen auf Zypern erhofft er sich nun eine Stärkung seiner Position – die durch die Fakten auf der Insel bestimmt wird:

Schon bald nach der Unabhängigkeit Zyperns, welche die Ex-Kolonialmacht Großbritannien sowie Griechenland und die Türkei per Vertrag garantiert hatten,

war der junge Staat aus dem Gleichgewicht geraten.

1963, als der Staatspräsident und Erzbischof Makarios der türkischen Minderheit die verfassungsmäßig zugesicherten Rechte beschnitt, kam es zu blutigen Unruhen, welche die Nato-Partner Türkei und Griechenland an den Rand eines Krieges führten.

1974 explodierte das Pulverfaß Zypern, als Athens Obristen beschlossen, Makarios zu stürzen, weil er ihnen nicht zu Willen war. Dem gewiefen Ethnarhen gelang die Flucht, der als „Türken-

Killer“ verschriene Zeitungsverleger Nikos Sampson übernahm die Macht für acht Tage. Da besetzten türkische Truppen den Norden, die Athener Junta brach zusammen. 200 000 Griechen flohen gen Süden, Tausende Zyprioten bezahlten das griechische Abenteuer mit dem Tod. Und in der Folgezeit zogen Zehntausende Türken in den Norden.

Bis heute kontrollieren 22 000 türkische Festlandsoldaten 37 Prozent der Insel – die fruchtbarsten und touristisch reizvollsten Land- und Küstenstriche sowie die wichtigsten Industriegebiete.

Doch während die geschäftstüchtigen Griechen ihren Landesteil allen Widrigkeiten zum Trotz zu einem Wirtschaftsboom führten, verarmt der Norden.

Die Zyperntürken, dazu 25 000 Neusiedler aus Anatolien, mit denen der 18prozentige Bevölkerungsanteil statistisch auf 22,5 Prozent hochgetrieben wurde, waren nicht in der Lage, die verlassenen Felder, Obstplantagen und Fabriken der geflüchteten Griechen zu bewirtschaften. Weite Teile der einst blühenden Kulturen sind versteppt, die einstmaligen überfüllten Tourismus-Zentren wie Famagusta, Salamis oder Kyrenia verrottet.

Alle Versuche, die Lage auf der geteilten Insel zu normalisieren und die verfeindeten Volksgruppen miteinander zu versöhnen, schlugen fehl. Hoffnung bot erstmals wieder, im August dieses Jahres, eine Initiative des Uno-Generalsekretärs Javier Pérez de Cuéllar, eines Zypern-Kenners, der lange Uno-Vertreter auf der Insel war.

Seine Initiative fußte auf einer Dokumentation der unterschiedlichen Standpunkte von Türken und Griechen und enthielt Vorschläge („Indikatoren“) zu



Türkische Truppen auf Zypern (1974): Starkes Faustpfand

„Endlich ein Schutzdach fürs Volk“

SPIEGEL-Interview mit dem zypriotischen Türkenführer Rauf Denktaş

SPIEGEL: Herr Denktaş, mit Ihrer Unabhängigkeitserklärung haben Sie nicht nur die Erfolgsaussichten der geplanten Zypern-Verhandlungen unter der Uno-Schirmherrschaft durchkreuzt, sie haben obendrein das Risiko heraufbeschworen, daß Zypern wieder zum internationalen Krisenherd werden könnte. Haben Sie sich das wirklich gut überlegt?

DENKTAŞ: Ich wäre nie das Risiko, wenn es denn wirklich eins gewesen wäre, eingegangen. Und nur Leute, die das Zypern-Problem oberflächlich kennen, konnten der Meinung sein, echte Verhandlungen seien zu erwarten. Für uns war klar, daß die griechisch-zyprische Seite an Verhandlungen über eine bizonale Konföderation nicht interessiert war.

SPIEGEL: Haben Sie Anhaltspunkte für diese Vermutung?

DENKTAŞ: Schauen Sie sich doch diese griechischen Zyprioten an. Diese Herren, die unsere Partnerschaftsrepublik schon 1963 zerstört und nicht wiederaufgebaut haben, sind doch in alle Welt ausgeschwärmt und haben erzählt, uns liege nicht an einem Zweizonen-Staat. Vielmehr gehe es uns einzig um unsere Rechte als Minderheit.

SPIEGEL: Gleichwohl kam letzte Woche die Unabhängigkeitserklärung für viele überraschend. Was war der Auslöser?

DENKTAŞ: Einige Tage vor der Gründung unserer Republik bekamen wir Besuch von einer Gruppe von Parlamentariern des Europarats. Deren Auftrag war es, die Standpunkte beider Seiten zu hören und zu prüfen. Die Abgesandten ließen sich von den griechischen Zyprioten vorschreiben, sie dürften in dem türkisch-zyprischen Inselteil nicht über Nacht bleiben. Außerdem sollten sie herausfinden, ob das Restaurant, in dem wir sie bewirten wollten, ehemals griechisches Eigentum war. Was sollte das?

SPIEGEL: Und so eine Lappalie war der Anstoß für Sie?

DENKTAŞ: Die Parlamentarier erklärten uns ungefragt, daß wir faktisch nicht-existent seien, wir seien keine türkischen Zyprioten, sondern lediglich Türken, die von der Türkei beherrscht werden. Wieder gewannen wir das Gefühl, daß die Welt uns als Rebellen ansieht.

SPIEGEL: Darum rebellierten Sie?

DENKTAŞ: Nein, das Volk auf den Straßen, praktisch alle bestürm-

ten mich, ich hätte nun kein Recht mehr, länger zu warten, die von mir seit Monaten erwogene Staatsgründung weiter hinauszuzögern.

SPIEGEL: Und die Gelegenheit war günstig, weil im türkischen Mutterland gerade ein Regierungswechsel ansteht und ein politisches Vakuum herrscht?

DENKTAŞ: In etwa haben Sie recht, weil für alle Geschehnisse im nordzyprischen Teil die türkische Regierung verantwortlich gemacht wird. Um die neue Regierung dieser Verantwortung zu entheben, habe ich mich zum Handeln entschlossen.

SPIEGEL: Haben Sie Ankara eingeweiht?



Türkenführer-Denktaş-
„Einige nennen es Staatsstreich“

DENKTAŞ: Nein. Die Türkei hätte uns wahrscheinlich gestoppt. Auch wenn sie unser Recht auf Selbstbestimmung unterstützt, war ihr sicherlich an keiner Krise gelegen.

SPIEGEL: Also war es ein Staatsstreich?

DENKTAŞ: Einige nennen es so. Doch in Wahrheit habe ich meinem Volk, das seit 20 Jahren im Regen steht, endlich das Schutzdach eines Staatswesens gegeben. Den wahren Staatsstreich hat Makarios ausgeführt, als er mit seiner Geheimarmee 1963 die türkischen Zyprioten aus der Regierung drängte.

SPIEGEL: Haben Sie eine Idee, wie es weitergehen soll?

DENKTAŞ: Wenn die Welt nun auf Zypern schaut, wird sie sehen müssen, daß es uns gibt. Und, so hoffe ich, sie wird sich beeilen, uns beim Aufbau einer bizonalen Konföderation zu helfen.

SPIEGEL: Mit der Anerkennung scheint es seine Weile zu haben. Nur die Türkei und Bangladesch haben Sie offiziell bestätigt. Sind Sie bereit, als Herr über 120 000 Inseltürken gegen den Rest der Staatenwelt anzutreten?

DENKTAŞ: Die Welt will doch Frieden auf Zypern. Und den erlangt sie nur durch eine Übereinkunft der beiden Bevölkerungssteile auf der Insel.

SPIEGEL: Wollte der Taktiker Denktaş endlich als gleichberechtigter Verhandlungspartner des griechisch-zyprischen Präsidenten Kyprianou anerkannt werden oder hat sich der Taktiker Denktaş diesmal überhoben?

DENKTAŞ: Ich glaube nicht, daß ich zu weit gegangen bin oder voreilig war. Ich habe auf mein Volk gehört, das die Nase gestrichen voll hatte, ewig als zweitklassig eingestuft zu werden, und dessen Land als nicht-existent angesehen wurde.

SPIEGEL: Wie soll das Problem, das Sie geschaffen haben, gelöst werden?

DENKTAŞ: Ohne uns kann es nicht gelöst werden. Man muß uns entgegenkommen, damit wir an einer Lösung mitarbeiten können. So gesehen will ich keine Anerkennung unserer Republik, sondern die Kenntnisnahme unserer Existenz.

SPIEGEL: Sehen Sie ein vereintes Zypern, dessen Präsident Rauf Denktaş heißt?

DENKTAŞ: Das ist nicht mein Bestreben, wohl aber ein Zypern, das aus zwei Gebieten besteht und in dem ein Präsident regiert, der im Rotationsverfahren gewählt wird, etwa nach Schweizer Vorbild.

SPIEGEL: Und wann, meinen Sie, kommt es dazu?

DENKTAŞ: Wir sind geduldige Menschen und haben immerhin 20 Jahre gewartet, ehe wir endlich selbständig wurden.

SPIEGEL: Haben Sie Mut und Lust für weitere 20?

DENKTAŞ: Ach wissen Sie, die DDR hat 24, die Volksrepublik China gar 30 Jahre gewartet, bis alle Welt von ihnen Kenntnis nahm.

einem Kompromiß. So sollten sich etwa die Zyperntürken auf 23 bis 30 Prozent des Inselterritoriums zurückziehen, in der Legislative mit 30, in der Exekutive mit 40 Prozent repräsentiert sein, wobei das Amt des Präsidenten einem Griechen, das des Vizepräsidenten einem Türken zustehen sollte.

Zypern-Präsident Spyros Kyprianou wollte nach anfänglichem Zögern über die Uno-Vorschläge zumindest reden, während Denktas, fixiert auf seinen Staat, keine Stellung zu der Dokumentation bezog. Er beharrte lediglich auf einem „Gipfeltreffen“ mit Kyprianou, was ihn diplomatisch als gleichwertig aufgewertet hätte gegenüber dem international und völkerrechtlich anerkannten Präsidenten.

Kyprianou erklärte sich nach anfänglichem Zögern gesprächsbereit, doch Denktas, dem Kyprianous Bedingungen nicht paßten, zog seinen Bruchialweg zur Lösung des Zypern-Problems vor.

Kurios an seiner Unabhängigkeits-erklärung ist, daß er keineswegs die Freiheit von der Türkei anstrebt, der er militärisch und wirtschaftlich völlig ausgeliefert ist: Ankaras Truppen sollen bleiben. Und daß er den Griechen auf Zypern „die Hand“ reicht, weil „die Proklamation des neuen Staates die Bildung einer echten Konföderation nicht behindern, sondern fördern wird“.

Gemeint ist eine Konföderation, wie sie der Uno-Vorschlag nicht vorsieht. Denktas will einen Staatenbund Zypern mit zwei vollkommen unabhängigen Verwaltungen, die nach außen hin repräsentiert werden durch eine gemeinsame, aber machtlose Ober-Regierung.

Um diesem Ziel näherzukommen, um ein stärkeres Faustpfand zu haben, brach Denktas 100 Seemeilen vor der Küste des Libanon eine gefährliche internationale Krise vom Zaun.

Daß nicht sogleich geschossen wurde, war in erster Linie dem Umstand zu verdanken, daß Griechenlands oft hitzköpfiger Premier besonnen reagierte.

Statt Truppen zu entsenden wie 1974 die Türken, entschloß sich der Sozialist in Athen zur Kampfführung auf diplomatischer Ebene. Am Freitag nahm der Uno-Sicherheitsrat mit 13 gegen 1 Stimme eine Resolution an, in der es hieß, Denktas' Unabhängigkeitserklärung sei „rechtlich ungültig“, und forderte ihre Rücknahme.

Denktas scheint das nicht tragisch zu nehmen, ihm geht es vor allem um eine Verhandlungsposition, von der aus er nachgeben kann, und um „die Kenntnisnahme unserer Existenz“ (siehe Seite 140).

Seinen Außenminister Kenan Atakol ließ er bereits andeuten, ein Widerruf der Sezession sei unter bestimmten Bedingungen nicht auszuschließen – wenn die Inselgriechen anerkennen, daß „wir gleichberechtigte Bürger erster Klasse und keine ethnische Minderheit sind“.

LIBANON

Gnadenlos vorgehen

Rache ist die Devise der Stunde im Libanon. Während Arafat in Tripoli ums Überleben kämpfte, bombten Israelis und Franzosen in der Bekaa-Ebene. Die Drusen schießen wieder auf Beirut.

Palästinenserführer Ahmed Dschibril genoß seinen Triumph. Er, Chef der radikalen Volksfront für die Befreiung Palästinas, General-Kommando, war es gewesen, der an der Spitze der Arafat-Gegner am vergangenen Mittwoch das Lager Baddawi stürmte, den letzten Stützpunkt des PLO-Chefs Jassir Arafat.

Inmitten der rauchenden, von Geschossen zerfetzten Primitivbauten des



PLO-Chef Arafat

„Ich bin noch Führer und Chef“

Lagers hielt der Sieger eine Pressekonferenz und widerlegte damit voreilige Berichte, nach denen er selbst dem Abwehrfeuer zum Opfer gefallen sei. „Die Schlacht ist zu Ende“, tönte er, „und mit Arafat ist es auch zu Ende.“

Ganz so weit war es nicht. Noch fand Arafat Ende voriger Woche Zuflucht in der Stadt Tripoli, wo der radikale Sunnitenführer Scheich Said Schaaban öffentlich schwor, er werde den Palästinenserchef so lange beherbergen, wie dieser es wünsche. Die Kämpfer des Scheichs riefen alle waffenfähigen Männer zur Verteidigung der Stadt auf: „Eure Frauen sollen stolz auf euch sein können.“

Mit Sicherheit kann Arafat indes nur auf den Haß der Tripolitaner gegen die Syrer bauen – er ist noch größer als ihre Abneigung gegen die Palästinenser.

Nicht nur Tripoli wird von Freunden Syriens bedroht. Arafats Überlebenskampf findet statt vor dem Widerschein neuer Kriegsgefahr, die das ganze Land überzieht. Beirut liegt wieder im Feuer der Geschütze, die Syrien bereitgestellt hat. Drusenmilizen nahmen erneut die Beschießung der christlichen Stadtteile auf. Der löchrige Waffenstillstand ist vollends in Fetzen geschossen – eine neue Runde des innerlibanesischen Blutvergießens scheint den Beteiligten attraktiver als das mühselige Ringen um Frieden am Genfer Konferenztisch.

Dabei ist nicht ausgeschlossen, daß sich der Konflikt ausweitete. Israelis und Franzosen übten Rache für die Opfer der Sprengstoff-Attentate auf ihre Hauptquartiere – auch Amerika hatte die „Bestrafung der Schuldigen“ angekündigt. Vor vier Wochen hatten 239 Marineinfanteristen in Beirut bei einem Sprengstoffanschlag ihr Leben gelassen.

Die Rache Israels traf am vergangenen Mittwoch die Trainingslager radikaler Schiiten in der Gegend von Baalbek in der syrisch besetzten Bekaa-Ebene. Den israelischen Bomben erlagen 43 Menschen.

Am Tag darauf stiegen in der Abenddämmerung französische „Super Etenard“-Jagdbomber vom Flugdeck des Trägerschiffes „Clemenceau“ auf und griffen die Vororte von Baalbek an, kaum daß sich der Trauerzug für die Opfer des israelischen Angriffs aufgelöst hatte.

„Amerika, Frankreich und Israel haben diesen Krieg begonnen“, protestierte in Baalbek Scheich Subhi Tufeili, Führer der iranhörigen Hisbollah (Partei Gottes), während seine Anhänger Bilder



Verwundetes Kind in Tripoli
„Die Schlacht ist zu Ende“